

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und DIE LINKE

17. Juni 1953: Freiheit und Demokratie durch Gedenken und Aufarbeitung stärken

Der Landtag möge beschließen:

1. Anlässlich des 70. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 gedenkt der Landtag der Todesopfer und Leidtragenden der gewaltsamen Niederschlagung und der anschließenden Verfolgung. Er würdigt den Mut derer, die sich in der DDR mit friedlichen Mitteln gegen Unterdrückung und Diktatur erhoben haben und für eine Demokratisierung eingetreten sind.
2. Der Landtag stellt fest, dass der Aufstand vom 17. Juni 1953 die erste Emanzipationsbewegung im sowjetischen Einflussbereich und eines stalinistisch geprägten Staatswesens war. Er gehört somit zu den großen Wegmarken deutscher und europäischer Freiheitsgeschichte.
3. Der 17. Juni 1953 mahnt uns, Freiheit und Demokratie durch Gedenken und Aufarbeitung zu stärken. Es gilt, die errungene Demokratie aktiv zu verteidigen. Hierzu bedarf es auch einer Intensivierung der politischen Bildung sowie der konsequenten Auseinandersetzung mit jedweden Formen von Demokratiefeindlichkeit.
4. Der Landtag bekräftigt seine Beschlüsse vom 27. Januar 2023 (Drucksache 8/1755), vom 19. Mai 2022 (Drucksache 8/654) und vom 12. Juni 2020 (Drucksache 7/5082), mit denen die kritische Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und die Erinnerung an die Opfer staatlicher Willkür in der DDR sowie an die Folgen der deutschen Teilung als unverzichtbare Teile der demokratischen politischen Kultur Mecklenburg-Vorpommerns festgehalten sind.
5. Der Landtag dankt der Landesbeauftragten und ihren Kolleginnen und Kollegen für die fortwährende Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Landeszentrale für politische Bildung und unterstreicht die hohe Bedeutung ihrer Arbeit.

6. Der Landtag betont die Bedeutung der Gedenkstätten für die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und dankt den dort haupt- und ehrenamtlich Tätigen. Orte, wie das Grenzhuis Schlagsdorf, der Ostsee-Grenzturm Kühlungsborn oder die Dokumentations- und Gedenkstätten in den ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalten in Rostock, Schwerin und Neustrelitz, sind wichtige Orte des Erinnerns, der politischen Bildung und des zivilgesellschaftlichen Engagements und müssen auch weiterhin angemessen unterstützt werden.
7. Es bleibt Aufgabe allen staatlichen Handelns und aller Repräsentanten unseres demokratischen Gemeinwesens, die sozialen, ökonomischen, ökologischen und psychologischen Folgen der deutschen Teilung zu überwinden. Hierzu gehört auch insbesondere die Anerkennung des schweren staatlichen Unrechtes in der DDR und der Opfer, zu denen viele Menschen gemacht wurden.
8. Die Landesregierung wird aufgefordert, entsprechend der Landtagsbeschlüsse zu den Drucksachen 8/1755 und 8/654 die schulische und außerschulische Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur weiter zu fördern und zu verstärken.
9. Der Landtag wird regelmäßig an wechselnden Orten, die sich jeweils mit den Geschehnissen des 17. Juni 1953 verbinden, möglichst unter Einbeziehung von Zeitzeugen, eine Gedenkveranstaltung durchführen.
10. Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel soll die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung, der Gedenkstätten, Archive und Forschungsstellen mit Bezug auf den 17. Juni 1953 gestärkt werden.

Julian Barlen und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion